

Kampf! Unsere Lösungen sind:

Wir wachen über das Leben von Thälmann, Torgler, Kaiser und aller Funktionäre und Arbeiter in den Konzentrationslagern!

Heraus mit Thälmann und allen revolutionären Gefangenen!

Nieder mit der Geiselmordbestie! Stürzt dieses blutdürstige Herrschentum!

Kämpft für Freiheit und Sozialismus!

Nur der Kommunismus kann das hungerrnde, gefesselte Volk zu Brot, Arbeit und Freiheit führen!

Dieser erschütternde Aufruf der SPD. muß auch der österreichischen Arbeiterklasse ein lautes Signal sein. Die Lösungen der SPD. zur Rettung der Arbeiterfunktionäre seien auch unsere! Entfaltet überall die große antifaschistische Bewegung, die ihren Ausdruck finden wird auf dem europäischen Antifaschistentag in Kopenhagen, der die internationale Organisation des antifaschistischen Kampfes in jedem Land beraten wird. Die nächsten drei Wochen bis zum Zusammentritt des Kongresses seien überall, wo Arbeiter sich treffen, im Betrieb, Arbeiterorganisation, Gewerkschaft, erfüllt von der Arbeit zur Delegierung und Finanzierung der Reise nach Kopenhagen.

Gen. Schüller enthaftet

Unser Genosse Richard Schüller wurde gestern auf freien Fuß gesetzt. Mit ihm wurden auch vier andere Genossen, die im Landesgericht I inhaftiert waren, enthaftet. Als Grund der Verhaftung des Genossen Schüller wurde seinerzeit, wie bei den anderen, bekanntlich, „Verdacht des Hochverrats“ angegeben!

Wie wir erfahren, wurden im Landesgericht I und II wieder Enthaftungen vorgenommen. Ein Teil der verhafteten Genossen aus Wien und der Provinz wurden in Freiheit gesetzt.

Parteitag des Landbundes

und sein reaktionär-faschistisches Programm

Der Landbund, der bekanntlich in der Regierung durch 2½ Minister (2 Minister und 1 Staatssekretär) vertreten und eine der Stützen des heutigen faschistischen Regimes ist, hielt Sonntag und Montag seinen Parteitag ab. Die von Vizkanzler Winkler dort vertretenen Forderungen unterstützen nochmals die Gefahren, die der werktätigen Massen in der nächsten Zeit harren: „Schaffung eines starken Volkshheeres“, um, wie Winkler sagte, „der wehrfähigen Jugend die Möglichkeit geben zu können, durch eine alibewährte (!) Schule der Disziplin (gegenüber Gott, Kaiser und Unternehmertum! Die Red.) zu geben und weil damit der Zeitpunkt heranrückt, wo wir an die innere Abrüstung und die Auflösung der Wehrformationen ohne Unterschied der Partei schreiten könnten.“ Wie werden sich die braven Otto Bauer und Remer freuen, wenn somit ihre Forderung der „inneren Abrüstung“ in Erfüllung geht. Aber die Arbeiter merken den Betrug: Der Landbund aufgelöst, die Heimwehr reiflos in den Staatsapparat (Vergrößerung des Heeres und der Hilfspolizei) übergeführt, ja dann kann die Bourgeoisie leicht von „innerer Abrüstung“ sprechen!

Winkler fordert eine „Einschränkung der Wohnhausbauten“, damit den alten Hausbesitzern keine Konkurrenz entsteht und die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Und das ganze heißt dann „Arbeitsbeschaffung“! Der Landbund „begrüßt den Umbau des Staates auf föderalistischer (föderalistischer) Grundlage“ und fordert eine „Änderung des Wahlrechtes und Hinausschiebung des Wahlalters auf 24 Jahre. Und nach all dem geht Winkler in Positur und spricht vom „Kampf gegen jede Reaktion“!

Winkler gab auch die Bildung einer „nationalen Ständefront“, einer Interessengemeinschaft des Landbundes mit dem Ständebund für Handel und Gewerbe bekannt. Diese Ständefront soll „31 christlich-sozialen und Nationalsozialisten“ stehen!

Schützenhilfe für den schwarzen Faschismus

Die sozialdemokratische Presse und der Heimwehraufmarsch

Wenn der sozialdemokratische Arbeiter gestern am Tage nach dem Heimwehraufmarsch „seine“ offizielle oder doch sozialdemokratische eingestellte Zeitung in die Hand nahm, mußte er mit Erbitterung feststellen, daß die Stellungnahme „seiner“ Presse zu dem Aufmarsch des Faschismus mehr als „weich“ war. Besonders zeichnete sich hierbei der so gern „links“ tuernde „Abend“ aus, der in seinem Artikel „Genug, Beruhigung“ schrieb:

Der „Abend“ in der österreichischen Front

Nun haben wir bereits die feste Überzeugung gewonnen, daß der Staatsapparat des Staates tadellos funktioniert und daß die zur Hilfspolizei erklärte regierungstreue Heimwehr eine ansehnliche und brauchbare Ergänzung dieses Staatsapparates darstellt.

Wenn das Ganze auch schiefenfalls aufgemacht ist, so kann diese Anerkennung des Staatsapparates des Diktatur-Regimes just am Tage nach der von jedem Arbeiter als Herausforderung empfundenen Parade des schwarzen Faschismus auf der Ringstraße von jedem ehrlichen Antifaschisten nur als empörend bezeichnet werden. Gegenüber der sich im bürgerlichen Pressehaß breitmachenden „österreichischen Front“ des schwarzen Faschismus erwartete gerade gestern jeder Arbeiter von seiner Presse etwas anderes als solchen Witz sein wollen, überaus gemäßigten Schmus, der am Ende in die demütigende Bitte an den Führer des schwarzen Faschismus ausläuft, nun doch den beruhigten Bürger wirklich arbeiten zu lassen. Der „linke“, „Abend“ versteigt sich sogar soweit zu erklären:

„Da vereinigt sich einmal das Interesse des Bürgers mit dem des Arbeiters.“

Es genügt nicht, diese Haltung des „linken“, „Abend“ einfach festzustellen. Es gilt auch die Frage nach dem Grund dieser — seit Tagen regelmäßig zu beobachtenden — Haltung zur „österreichischen Front“ zu beantworten. Dieser Antwort ist sehr einfach: Die SP. führt selbst in ihrer Presse keinen Kampf gegen die „österreichische Front“, weil sie sicherhaft damit beschäftigt ist, sich selbst in diese „österreichische Front“ einzureihen und ihre Anerkennung als Teil dieser faschistischen „österreichischen Front“ zu erlangen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ schweigt über die Gegenstände der Arbeiter

Zu anderer Weise sucht die „Arbeiter-Zeitung“, die sich als offizielles Parteiorgan immerhin größere Zurückhaltung auferlegen muß, sich um die Notwendigkeit einer ersten Stellungnahme gegen den Heimwehraufmarsch und die faschistische „österreichische Front“ zu drücken. Sie tut so, als ob sie sich über die Parade des schwarzen Faschismus lustig machte und berichtet über die Herrschaft der gegen die Klassenbewußten Arbeiter gerichteten weiß-grünen Armes unter dem Titel „Der Rikerkil - Sonntag“. Auch über die oft sehr stürmischen Protestkundgebungen der Arbeiter findet sich in dem ganzen Bericht kaum ein Wort.

Diese Kundgebungen sind den sozialdemokratischen Führern offenbar nicht viel weniger unangenehm als den Faschisten, gegen die sie sich richteten. „Österreichische Front“ ...

Als Begründung für ihr Einschweigen in die „österreichische Front“ des Faschismus sucht die offizielle und inoffizielle SP.-Presse den „Kampf“ der Regierung gegen die Nazis möglichst groß aufzumachen. Während die sozialdemokratischen Führer das Wort vom „kleineren Uebel“ nicht einmal offen auszusprechen wagen, weil sie die Einstellung der Arbeiter zu diesem Verbrechen sozialdemokratischer Politik sehr gut kennen, betreiben sie in ihrer Presse und täglichen Agitation tatsächlich die gleiche Politik des „kleineren Übels“, das, wie die „Arbeiter-Zeitung“ vor einigen Wochen selbst ausgeben mußte, notwendigerweise zum größeren und zum größten Uebel für die Arbeiter führt.

Ueber den wahren Sinn des Kurzes des österreichischen Faschismus, die Bekämpfung der Arbeiterschaft und ihrer kommunistischen Vorhut, geht die SP. nach Möglichkeit mit Stillschweigen hinweg. Ja noch mehr:

Gegen die Kommunisten, für die Heimwehr

Der der Sozialdemokratie nahestehende „Morgen“, der es ganz besonders toll trieb, schrieb sogar:

Daß die Heimwehrgendgebungen, die schon deshalb weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus beachtet werden sollte, weil sie ein Bekenntnis der Regierung und der Bevölkerung zum österreichischen Staatsgedanken war, von jenen geführt wurde, denen

am Zerfall Österreichs nichts liegt, das beweist die Parteilichkeit in der Parteizugehörigkeit der Verhafteten: von 550 in Wien verhafteten Personen waren nämlich 480 Nationalsozialisten, während sich der Rest aus kommunistischen Parteigängern zusammensetzte.

Die kommunistischen „Störer“ der faschistischen Front sollen nur ruhig von der „Ordnungsgewalt“ „unschädlich gemacht werden“. Ganz anders ist freilich die Stellungnahme des „Morgen“ und ebenso der „Mittags-Zeitung“ zu den Heimwehraufmärschen. Da werden geradezu Tränen der Rührung vergossen wegen der angegriffenen armen Heimwehrmänner. Das vervollständigt das Bild der Haltung der sozialdemokratischen Führer und Presse zu dem Faschistenaufmarsch auf der Ringstraße:

Unterlassung jeder wirklichen Kritik, zuerst Abbremsen und dann Stillschweigen jedes Widerstands der Arbeiter und als Krönung offene Preisgabe der revolutionären Arbeiter und Kommunisten an die Verfolgungen der Polizei und Regierung.

Aus dieser schändlichen Haltung der sozialdemokratischen Presse und Partei zum Heimwehraufmarsch und zur Formierung der faschistischen „österreichischen Front“ gilt es für jeden antifaschistischen Arbeiter die Folgerung zu ziehen:

Heraus mit den sozialdemokratischen Blättern der „österreichischen Front“ aus jeder Arbeiterwohnung!

Ger zur einzigen Partei des kämpfenden Antifaschismus, zur kommunistischen Partei!

Die täglichen Konstellationen

Am Sonntag, den 13. d. M., brachte die „rote Hilfe“ ein Flugblatt heraus, welches auf den Hungerstreik Bezug nimmt und zur Massenolidarität mit den Opfern des Faschismus und der Klassenjustiz auffordert. Das Flugblatt wurde beschlagnahmt.

Konflikt 1933 - Deutschland

Wegen Nichterhaltung der Gold-Klausel

Zürich, 15. Mai. Die deutsche Regierung hat der 1933, als Treuhänderin der Dawes- und der Young-Anleihe mitgeteilt, daß Deutschland die am 1. Juli fälligen Zinsen nicht auf der Goldwertbasis zu zahlen beabsichtigt. Die 1933, hat der deutschen Reichsregierung geantwortet, daß sie diesen Vorschlag nicht annehmen könne, da sich Deutschland verpflichtet habe, die Zinsen auf der Goldwertbasis zu zahlen.

Neuer Rüdigung Hitlers

Kampf der Nazimittelständler gegen Konsumvereine verboten

Berlin, 15. Mai. Eine der zwar blödesten, aber von den Nazis mit größter Energie vertretenen Phrasen, berechnet auf den Gang von Mittelständlern für die Nazipolitik, war der Kampf gegen die Konsumvereine. Die Mittelständler, die an diese Phrase glauben, verlangen jetzt bei der „Gleichhaltung“ der Gewerkschaften auch die Befolgung und Schließung der Konsumvereine. Darauf antwortete Vize-Direktor Müller, der Finanzsachverständige der „Deutschen Arbeitsfront“ des Dr. Ley, mit folgendem Dämpfer:

„Es ist selbstverständlich, daß nicht Vereinigungen geschlossen werden, die der Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit preiswerten Waren dienen. Demnach können die Konsumvereine nicht ohne weiteres aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden. Vielmehr ist es wünschenswert, daß nach wie vor bei ihnen gekauft wird und daß sie in ihrer auf die Versorgung der Arbeiter und Angestellten gerichteten Tätigkeit nicht gehindert werden. Dies muß der entgegengekehrten Auffassung verschiedener Kampfbünde des Mittelstandes gegenüber klar ausgesprochen werden.“

Solidarität mit den politischen Gefangenen!

Die Verfolgung der Kommunisten, die Verhaftung und Entzerrung von fast 1000 kommunistischen Funktionäre ist keine Sache nur der kommunistischen Partei allein. Der Feldzug gegen die Kommunisten ist eine Angelegenheit der ganzen österreichischen Arbeiterklasse, aller Werktätigen — denn wie in allen Ländern ist der Schlag gegen die kommunistische Partei nur die Einschüpfung zu Maßnahmen gegen alle Arbeiterorganisationen, gegen alle Rechte und Errungen der Arbeiterklasse.

Wenn wir Kommunisten die breiten Arbeitermassen aufrufen, mit uns gemeinsam gegen die Kommunistenverfolgungen zu protestieren und die Freilassung unserer Verhafteten zu fordern, dann geschieht dies nicht, weil wir um unsere eigene Haut zittern, sondern weil wir wissen, daß die Sache der Kommunisten die Sache der gesamten Arbeiterschaft ist. Deshalb darf die Solidarität, deshalb darf der Protest keine Parteilichkeit kennen. Deshalb müssen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter gemeinsam die aktive Solidarität für unsere im Kerker befindlichen Genossen und für die verfolgte kommunistische Partei entfalten.

Es soll und darf keine Gelegenheit geben, wo Arbeiter zusammenkommen, ohne daß ein solcher gemeinsamer Akt des Protestes erfolgt. In allen Betrieben, in allen Stempelstellen, in den Konferenzen und in den Zusammenkünften der Gewerkschaften, bei allen proletarischen Festen und Zusammenkünften — immer und überall sollen

Protestbeschlüsse gegen die Kommunistenverfolgungen

gefaßt und der Regierung übermittelt werden. Überall soll aber auch für die Opfer der Verfolgungen, für die Verhafteten und ihre notleidenden Angehörigen, gesammelt und das Ergebnis der „Roten Hilfe“ übermittelt werden.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen jedoch auch an den Wiener Landeshauptmann Seik herantreten und ihn fragen: Was ist mit der Sammelaktion für die „rote Hilfe“, um die diese bei der Wiener Landesregierung schon vor Tagen angefordert hat? Soll in Wien für alle bürgerlichen Humanitätszwecke und nur nicht für die Opfer des Klassenkampfes gesammelt werden dürfen? Die Sammelaktion für die „rote Hilfe“ muß durchgesetzt werden!

Sozialdemokratische Arbeiter, auf zur Solidarität!
Selbst mit unsere politischen Gefangenen zu befreien!